

Verbot der IHH durch den Bundesinnenminister de Maiziere ist schändlich und rechtswidrig

„Das Verbot der „Internationalen Humanitären Hilfsorganisation e.V.“ (IHH) durch den Bundesinnenminister ist schändlich und rechtswidrig“, sagte der Vorsitzende der IHH e.V., Mustafa Yoldas in einer ersten Erklärung und teilte zugleich mit, dass rechtliche Schritte gegen die Verbotsverfügung unverzüglich eingeleitet werden.

Die IHH wurde heute mit der Begründung verboten, sie unterstütze die HAMAS und richte sich damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe würde die IHH in Palästina ansässige „so genannte Sozialvereine, die der HAMAS zuzuordnen sind“ unterstützen und somit mittelbar die HAMAS entlasten, so das BMI.

„Nicht das Verhalten der IHH ist zynisch, wie es der Bundesinnenminister herausstellt, es ist das Verbot des BMI, das alle Voraussetzungen des Zynismus erfüllt. Das Verbot ist infam und menschenverachtend, da es Hilfsorganisationen und alle Menschen anmahnt, den Opfern der völkerrechtswidrigen Unterdrückung der israelischen Regierung keine humanitäre Hilfe mehr zukommen zu lassen“, sagte Yoldas.

„Mit der Begründung des Bundesinnenministers müsste wohl auch die UNO oder das Rote Kreuz mit einem Verbot belegt werden. Denn was hier abgestraft wird, ist die Hilfe für die notleidende Bevölkerung im Gaza-Streifen“, sagte Yoldas und führte weiter aus, „dass sich der deutsche Staat zum willfähigen Vollstrecker der israelischen Politik, die mit ihrem Terror gegen die palästinensische Bevölkerung diese an den Rand der Existenz gedrängt hat, macht“.

„Es ist die israelische Besatzung und der Staatsterror, der den Palästinensern im Gaza-Streifen kaum das Nötige zum Überleben lässt“, führte Yoldas weiter aus und ergänzte: „Nun soll offensichtlich jegliche humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung im Gaza-Streifen abgeschnitten werden. Es ist makaber, dass der Bundesinnenminister diejenigen, die Waisenkinder versorgen, bestraft, statt diejenigen zu kritisieren, die Kinder zu Waisen machen“.

Er endete mit der Feststellung, „dass es ein unglaublicher Akt staatlicher Willkür sei, eine ausschließlich humanitäre Hilfsorganisation zu verbieten, die im vergangenen Jahr nicht nur in Palästina, sondern in weiteren 79 Ländern dieser Erde in den Bereichen der Waisenversorgung, der Entwicklungshilfe und der Katastrophenhilfe, unter anderem in Haiti aktiv gewesen ist und die niemals das Existenzrecht Israels in Frage gestellt oder Gewalt befürwortet hat“.

„Statt die IHH für ihre besonderen fast ausschließlich ehrenamtlich erbrachten humanitären Verdienste auszuzeichnen, wird sie mit vorgeschobenen Gründen aus durchsichtigem politischem Kalkül verboten und damit dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in weiten Teilen der Welt in erheblichem Maße geschadet“. „Wir gehen fest davon aus, dass diese Maßnahme keinem Gericht eines Rechtsstaates standhält“, so Yoldas.

Presseerklärungen

Üçüncü: „Bundesinnenminister tritt mit willkürlichem Verbot der IHH den Rechtsstaat mit Füßen“

In einer ersten Erklärung verurteilte der Generalsekretär der IGMG, Oğuz Üçüncü, das Verbot der humanitären Hilfsorganisation IHH e.V. auf das Schärfste. „Der Bundesinnenminister tritt mit diesem willkürlichen Verbot den Rechtsstaat mit Füßen“, kritisierte Üçüncü. „Die IHH hat sich durch ihren weltweiten Einsatz für die humanitäre Sache hervorgetan. Ihre humanitäre Hilfe in aller Welt, so auch in Palästina und insbesondere im Gaza-Streifen für Bedürftige und Notleidende als Unterstützung von Gewalttaten gegenüber Israel zu brandmarken, entbehrt jeder Grundlage“, stellte Üçüncü fest.

„Der Versuch, die IHH e.V. als „ Hamas-Spendenverein“ zu diffamieren und damit die humanitäre Tätigkeit in 80 Ländern zu ignorieren, zeigt die bewusste Verfälschung von Tatsachen und insbesondere die Motivation des BMI. Es ist offensichtlich, dass der Bundesinnenminister einer israelischen Forderung nachgegeben ist und Argumente nur nachgeschoben wurden. Damit schadet er dem Ansehen Deutschlands in der Welt“, fügte Üçüncü hinzu.

„Würde man die Kriterien der Bundesregierung allgemein an die Betätigung von Hilfsorganisationen im Gazastreifen anlegen, dann müssten sich u.a. auch die Vereinten Nationen umgehend zurückziehen beziehungsweise ihre Vertretung in Deutschland verboten werden“, sagte Üçüncü. „Mit diesem Verbot kriminalisiert das Bundesinnenministerium jegliche zivile humanitäre Hilfe für die von der völkerrechtswidrigen Aggression Israels dezimierte Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen“, erklärte er zum Schluss.

*Presseerklärungen der Internationalen Humanitären Hilfsorganisation e.V.,
Montag 12. Juli 2010*